

Mittelsächsische LinksWorte

21. OKTOBER 2020

NR. 157

14. JAHRGANG



IMMER AM ZWEITEN SONNTAG IM SEPTEMBER WIRD DER TAG DER OPFER DES FASCHISMUS BEGANGEN. IN BRAND-ERBISDORF FINDET DAS GEDENKEN ALLJÄHRLICH AN DER GEDENKSTÄTTE FÜR DIE ANTI-FASCHISTISCHEN WIDERSTANDSKÄMPFER AUF DEM STÄDTISCHEN FRIEDHOF STATT. IN DIESEM JAHR SPRACH OBERBÜRGERMEISTER MARTIN ANTONOW ZU DEN ANWESENDEN ZU DER VOM ORTSVERBAND DER LINKEN ORGANISIERTEN VERANSTALTUNG. IN DIESER AUSGABE BERICHTEN WIR ÜBER DEN „TAG DER ODF“. UNTER DER ÜBERSCHRIFT „DER ZWEITE SONNTAG IM SEPTEMBER“ BESCHREIBEN WIR DIE TRADITIONSLINIE DES GEDENKTAGES SEIT 1945.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. ANALYSIERT:

DIE SÄCHSISCHE LINKE DEBATTIERT ÜBER IHRE ORGANISATIONSPOLITISCHE ENTWICKLUNG

2. INFORMIERT:

AKTUELLES AUS DER LINKSFRAKTION IM MITTELSÄCHSISCHEN KREISTAG

3. RESÜMIERT:

DER TAG DER OPFER DES FASCHISMUS IN MITTELSACHSEN

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & neue webseite des kreisverbandes
- 4/5 **titelthema 1: aktuelles aus dem landesverband der linken**
- 6/7 **titelthema 2: kreistag september - teil -1-**
- 8/9 **titelthema 3: tag der opfer des faschismus in mittelsachsen**
- 10 **unsere serie zur politischen bildung:** beitrage -62-: zur geschichte des tages der OdF
- 11 kreisvorstand & jahrestage & glückwünsche
- 12 termine & querebet & trauer

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint wegen des Buß- und Bettages erst am **Donnerstag, dem 19. November 2020. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 11. November**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Toni Christoph Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: **A•Bi•Te**
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Landesparteitag der sächsischen LINKEN am vergangenen Samstag hat der Parteitags-Marathon dieses Herbstes begonnen - typisch für das Corona-Jahr 2020 mit einem „Parteitag im Plauener Festsaal und auf dem heimischen Sofa“ oder neudeutsch „Hybrid-Parteitag“. Wir informieren in unserer Kolumne und im Titelthema -1- über die Ergebnisse des Landesparteitages, der sich ausschließlich mit Sachthemen und nicht mit Personalwahlen beschäftigte. Ganz anders wird es zum Bundesparteitag in zwei Wochen sein. Denn dort wird ein neuer Parteivorstand gewählt. Wir werden im November aus der Sicht von Delegierten unseres Kreisverbandes über den Bundesparteitag berichten.

Auch in unserem Kreisverband steht ein Parteitag an. Nach Lage der Dinge wird er mit der Durchführung einer Kreiswahlversammlung in Vorbereitung der Bundestagswahl im kommenden Jahr verbunden und am 28. November stattfinden. Mehr dazu in unserem Titelthema -1-.

Ein wichtiges Thema in unserem Landesverband ist die gegenwärtig laufende Strukturdebatte, in deren Ergebnis die Strukturen nach vielen Jahren endlich wieder den Gegebenheiten angepasst werden sollen. In einem Interview, geführt durch unser Redaktionsmitglied Toni Christoph, informiert der Landesvorsitzende Stefan Hartmann in unserem Titelthema -1- über diese Zielstellung. Eine der fünf kreisverbandsübergreifenden Regionalkonferenzen im ländlichen Raum fand am 15. Oktober in Döbeln statt. Um für unsere Oktober-Ausgabe einen Eindruck von dieser Konferenz einzufangen, haben wir den Redaktionsschluss um einen Tag verschoben. Der Kurzbericht über die Konferenz ist ebenfalls in unserem Titelthema -1- zu finden.

Der mittelsächsische Kreistag kam am 23. September in Hartha zu seiner 6. Sitzung in der aktuellen Wahlperiode zusammen. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Gottfried Jubelt, informiert im Titelthema -2- aus Fraktionssicht über die Ergebnisse. Aus kommunaler Sicht berichten wir auf Seite -7- über eine Beratung beim Oberbürgermeister von Rochlitz zur Situation des ehemaligen Eisenbahnknotens Rochlitz.

Wir berichten schon traditionell über die Aktivitäten des „Teams Tändler-Walenta“ und drucken einen Beitrag von Ruth und Johannes Kretzer aus Freiberg zu einer sehr zwiespältigen Festveranstaltung aus Anlass „30 Jahre deutsche Einheit“ in der Kreisstadt.

Ein bedeutsamer Termin für DIE LINKE ist der alljährliche Jahrestag des Gedenkens an die Opfer des Faschismus. Auch in diesem Jahr fanden aus diesem Anlass würdige Veranstaltungen u.a. in Brand-Erbisdorf, Freiberg und Lunzenau statt (siehe dazu auch unsere Titelseite), über die wir berichten. In Freiberg sprach Achim Grunke zu den Anwesenden und ging ausführlich auf die Geschichte des Gedenktages für die Opfer des Faschismus ein. Seine Rede hat er redaktionell bearbeitet und für die „LinksWorte“ zur Verfügung gestellt. Wir drucken den Beitrag in unserer Serie zur politischen Bildung und Information ab. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir - wie allmonatlich - eine interessante und anregende Lektüre.

erfahrungen gesammelt und herausforderungen gemeistert

von KATI VOIGT

Im November vergangenen Jahres habe ich die Arbeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin von Marika Tändler-Walenta aufgenommen. Ein Tätigkeitsfeld was mich sehr interessierte, mir bis dato aber eher unbekannt war. Mit Marika und meinen Kollegen an der Seite ist es mir jedoch gelungen, mich recht schnell in das neue Tätigkeitsfeld einzuarbeiten. Das Döbelner Bürger*innenbüro ist seither mein Hauptarbeitsort, dort bin ich an drei Tagen in der Woche präsent. Mit der Zeit nutzen auch immer mehr Menschen die Möglichkeit, im Büro vorbei zu schauen um mit mir ins Gespräch zu kommen, Fragen zu aktuellen politischen Ereignissen zu stellen oder einfach über ihre Erfahrungen, Sorgen und Nöte zu sprechen. Eine schöne Entwicklung wie ich finde, die dennoch noch ausbaufähig ist, aber das bringt sicher die Zeit mit sich. Etabliert hat sich zudem auch unser Tausch- und Spendenregal, welches jeden Dienstag vorm Bürger*innenbüro zu finden ist. Eine Idee, die wie der Einkaufslieferservice, im Zuge des Corona - Lockdown entstanden ist um Familien und insbesondere Kinder in dieser Zeit zu unterstützen und die bis heute von den Döbelner*innen gut angenommen wird. Das Tätigkeitsfeld als wissenschaftliche Mitarbeiterin einer Landtagsabgeordneten ist wirklich sehr vielfältig. Es reicht von der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und Vor-Ort-Terminen, über eine aktive Öffentlichkeitsarbeit bis hin zum Verfassen Kleiner Anfragen und thematischer Anträge. Alle Aufgaben zu benennen würde hier wahrscheinlich den Rahmen sprengen, letztlich geht es darum, Marika bestmöglich in ihrer Arbeit als Landtagsabgeordnete zu unterstützen. Rückblickend lässt sich sagen, dass ich wirklich sehr viele neue Erfahrungen gesammelt und eine Menge Herausforderungen gemeistert habe. Ich habe viele neue Menschen kennengelernt, die mich durch ihre Arbeit und tägliches Engagement beeindruckt haben. Die Arbeit im „Team Marika Tändler-Walenta“ macht mir großen Spaß und ich bin gespannt welche Aufgaben in nächster Zeit auf mich warten.

NACHDENKEN (S) - WERT(ES)

Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die Weltanschauung der Leute, welche die Welt nicht angeschaut haben.

Alexander von Humboldt

Die Frage heute ist, wie man die Menschheit überreden kann, in ihr eigenes Überleben einzuwilligen.

Bertrand Russell

Im Deutschen reimt sich Geld auf Welt: Es ist kaum möglich, dass es einen vernünftigeren Reim gebe.

Georg-Christoph Lichtenberg

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Der Fahrplan des sächsischen Landesverbandes der LINKEN ist - natürlich auch bedingt durch Corona - erheblich ins Stocken geraten. Erinnern wir uns: Zu den Landtagswahlen am 1. September 2019 fuhr DIE LINKE ein desaströses Ergebnis ein: mit nur noch 14 Mandaten wurde die Linksfraktion im sächsischen Landtag fast halbiert. Zur Konstituierung wurde Rico Gebhardt - im Vorfeld in einer Urwahl zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gekürt - als Fraktionschef mit der Maßgabe bestätigt, binnen eines Jahres eine Nachfolgeregelung für eine neue Fraktionsspitze vorzuschlagen. Diese Frist ist bereits überschritten.

Mitte November 2019 fand ein Landesparteitag statt, auf welchem ein neuer Landesvorstand gewählt und ein Leitantrag unter dem Motto: „Aufbruch 2020: Für eine kämpferische und selbstbewusste sächsische LINKE in einer Umbruchsituation des Landes“ beschlossen wurde. Ein „Kleiner Parteitag“ im Dezember des vergangenen Jahres fasste anschließend den Beschluss, im Jahr 2020 eine Strukturdebatte über die zukünftige organisationspolitische Entwicklung des Landesverbandes zu führen. Dazu wurden eine Steuerungsgruppe, ein Strukturplenum und fünf Regionalkonferenzen beschlossen. Bereits zum Landesparteitag am 10. Oktober in Plauen sollte es einen Zwischenbericht der Steuerungsgruppe und einen Beschluss zu möglichen Satzungsänderungen geben. Das Corona-Jahr 2020 neigt sich seinem Ende entgegen. Der Landesparteitag in Plauen ist Geschichte. Diesmal gab es keine Wahlen. Der beschlossene Leitantrag (behandelt wurden 28 eingereichte Änderungsanträge) steht unter dem Motto: „Nach der Krise ist vor der Krise oder Plötzlich kann Politik Prioritäten setzen“.

Ich war kein Delegierter, habe mich im Vorfeld, im Livestream und auch nach dem Parteitag aber ausführlich informiert, auch in der Presse. Das „neue deutschland“ informierte über das „gänzlich neue Format“ eines Parteitages „im Saal und auf dem Sofa“, stellte den durch die Corona-Pandemie dominierten Leitantrag und die Aussprache dazu in den Mittelpunkt und ging kurz und prägnant auf den „Paukenschlag beim Verfahren zur Listenaufstellung“ ein. Im Parteitagsbericht der „Freien Presse“ hingegen war ausschließlich von diesem „Paukenschlag“ die Rede. Worum ging es dabei? Die Landesgeschäftsführerin Janina Pfau hatte zum vorliegenden Antrag zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl auf einer Landesvertreter*innenversammlung im April einen Änderungsantrag eingereicht. Der sah vor, dass anstelle der vorab vorgeschlagenen Nominierung eines Spitzenkandidaten und Vorschlägen für die folgenden fünf Listenplätze durch Landesvorstand, Kreisvorsitzende und Landesrat die Wahl für die Listenplätze 1 bis 10 (zur vor vier Jahren beschlossenen Liste garantierten nur die Listenplätze 1 bis 5 ein Bundestagsmandat) jeweils in gesonderten Wahlgängen erfolgen soll. Meines Erachtens durchaus ein Paukenschlag, dass dieser Antrag vom Landesparteitag mit hauchdünner Mehrheit angenommen wurde. (hw)

die neue internetseite unseres kreisverbandes ist online !



Die neue Webseite des Kreisverbandes Mittelsachsen

Die Webseite des Kreisverbandes Mittelsachsen wurde umgestaltet. In den kommenden Wochen muß daran noch nachgearbeitet werden. Deshalb kann es diese Zeit noch zu Störungen und Fehlern kommen. Wir bitten um ihre Geduld und Verständnis.

Suche

Aktuelle Termine

15. Oktober 2020
18:00 – 21:00 Uhr
Regionalkonferenz und

Die Corona-Pandemie stellt uns vor zwei Ressourcen für eine unabhängige Sozialarbeit, besonders im Bereich der Altenhilfe, die unseren Liga würden dann die Ressourcen für eine unabhängige Sozialarbeit fehlen. Die ostdeutschen Bundesländer wären davon besonders betroffen, kritisiert die sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Marika Tändler-Walenta. In Ostdeutschland würden zwölf von 16 Folgeprojekten unter den Kürzungen leiden. Die Pläne lassen sich nicht mit den Folgen der Corona-Pandemie begründen, vielmehr war das Streichen bei der Fan-Sozialarbeit schon vorher geplant. Damit stempelt der DFB...

Mittelsächsische Linksworte



Im Kreistag

Informationen aus dem Kreistag Mittelsachsen



Die Linke im Kreistag Mittelsachsen fordert Strategieplan für das Gesundheitswesen im Landkreis

Aktuelles vom Landesverband

Wahlkampf aller start!

Faire Löhne, mehr Rente

ARMUT BEKÄMPFEN!

#EinTopfFürAlle

Mittwoch, 7. Oktober 2020
Rentenaktion gegen Altersarmut u.a. mit Marika Tändler-Walenta
9 Uhr in Döbeln am Obermarkt und
15 Uhr in Freiberg auf dem Obermarkt

Rentenaktion gegen Altersarmut

Krise oder Plötzlich kann Politik Prioritäten setzen 10. Oktober 2020

Links

- DIE LINKE Chemnitz
- Susanne Schaefer
- DIE LINKE Bund
- Die Linke im Europaparlament
- Fraktion DIE LINKE im Bundestag
- DIE LINKE in Sachsen
- Fraktion DIE LINKE in Sachsen
- Europäische Linke (EL)
- Linksjugend Politik Chemnitz

Wie bereits im September angekündigt, wurde der neue Internetauftritt unseres Kreisverbandes gestartet - manchmal noch etwas holprig, aber durchaus ansehenswert. Den „Hut auf“ haben **TONI CHRISTOPH, HANS-JÜRGEN KÜHN UND HANS WEISKE**. Hier einige Eindrücke von der Startseite. Ganz oben das Startmenü, auf dem mittleren Bild in der seitlichen Menüleiste die Links zu den „Linksworten“ mit Archiv aller

Ausgaben seit September 2007 sowie zur Kreistagsfraktion; unten weitere Links, darunter zu den Internetseiten der Bundes- und der Landespartei und ihrer Fraktionen. Über dem Button „Partei“ kommt man direkt zu den Ortsverbänden, die ihre Webseite künftig selbstständig pflegen können. Details können mit Hans-Jürgen Kühn vereinbart werden.

Es tut sich einiges im Landesverband der sächsischen LINKEN. Der Landesparteitag hat einen Leitantrag unter der Überschrift „Nach der Krise ist vor der Krise oder Plötzlich kann Politik Prioritäten setzen“ beschlossen und sich kontrovers mit dem Verfahren zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl im kommenden Jahr auseinandergesetzt (siehe dazu unsere Kolumne auf Seite -3-). Die mittelsächsische Kreisvorsitzende **Marika Tändler-Walenta** wurde zur Vorsitzenden der Antrags- und Redaktionskommission gewählt und berichtet über ihre Eindrücke vom Parteitag.

In der praktischen Arbeit steht die vom „Kleinen Parteitag“ im Dezember des vergangenen Jahres beschlossene Strukturdebatte im Mittelpunkt. Sie soll der Verbesserung der parteiinternen Arbeitsabläufe dienen. Unser Redaktionsmitglied **Toni Christoph** hat dazu das folgende Interview mit dem Landesvorsitzenden **Stefan Hartmann** durchgeführt. Außerdem berichten wir - eigentlich nach Redaktionsschluss - über die Regionalkonferenz zur Strukturdebatte, die am 15. Oktober in Döbeln stattfand.

interview zur strukturdebatte mit STEFAN HARTMANN

Was erwartest du als Landesvorsitzender von der Strukturdebatte?

DIE LINKE. Sachsen hat sich nach der Landtagswahl die Aufgabe einer Strukturdebatte gestellt, weil uns allen klar ist, dass wir auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein möglichst einflussreicher



Der Landesvorsitzende Stefan Hartmann gibt während einer Friedensveranstaltung in Frankenberg ein Interview für den Mitteldeutschen Rundfunk

politischer Faktor bleiben müssen. In Städten und Gemeinden, in den Kreisen und auf Landesebene. Nach 1990 haben wir es geschafft allen Unkenrufen zum Trotz uns eine gute gesellschaftliche Verankerung zu erarbeiten, die Grundlage dafür haben Abertausende Genossinnen und Genossen geschaffen, die vor Ort, in Vereinen und Initiativen oder auch kommunalpolitisch aktiv waren und sind. Dieses Fundament des damaligen Erfolgs ist so nicht mehr gegeben und wir müssen Antworten darauf finden, wie wir in Zukunft unsere Politik organisieren und wirksam machen können. Da wird es kein Allheilmittel geben oder einen Stein der Weisen. Aber wir können voneinander lernen, funktionierende Beispiele für die Arbeit im Ortsverband oder im Kreis bekannt machen, Erfahrungen austauschen. In der Strukturdebatte wollen wir gemeinsam daran arbeiten, wie wir manches besser und manches anders machen als bisher - und das betrifft natürlich auch die Frage, wie wir uns organisieren. Auf jeden Fall aber wollen wir uns als Vorstand keinen „Masterplan“ ausdenken, der dann als Beschluss durchgestellt wird. Das wird nämlich nicht funktionieren. Die gemeinsame, offene Debatte ist die Voraussetzung für sinnvolle Veränderungen.

Was sind aus deiner Sicht die brennendsten Fragen, die geklärt werden sollten?

Die kommunale Verankerung und unsere Möglichkeiten, mit lokalen und regionalen Initiativen, Vereinen oder anderen Institutionen zusammen zu arbeiten liegen uns besonders am Herzen. Gemeinsam mit meiner Co-Vorsitzenden Susanne Schaper haben wir das bereits auf dem letzten Landesparteitag zu einem der Schwerpunkte unserer Arbeit erklärt. Wenn linke Politik ein Gesicht hat, also Personen, die sie in ihrem Alltagsleben vertreten, dann gewinnt sie an Glaubwürdigkeit. Früher gab es so einen Spruch, der hieß: „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei!“. Auch wenn man vielleicht darüber gelächelt hat - es ist schon was Wahres dran. Denn es liegt ja auf der flachen Hand: wo keine Genossin ist, da ist auch die Partei nicht mehr - oder eben höchstens in den Nachrichten. Nun können wir uns weder Mitglieder noch kommunal engagierte Menschen backen oder herbeibeschießen. Was wir aber können, ist zu schauen, wo wir und wie wir Partner auf Augenhöhe mit lokal oder regional

engagierten Menschen sind bzw. werden, die Anliegen vertreten, die auch wir politisch sinnvoll finden. Aber das Ganze ist eine Aufgabe auf Dauer. Der Tag, an dem wir sagen können: „Es ist erreicht!“ wird nicht kommen. Erreichen können wir jedoch, dass wir diese Art und Weise Politik zu denken und zu organisieren, in unser Handeln als selbstverständlich einbauen - das ist ja auch schon bei gar nicht so wenigen der Fall.

Das Strukturplenum soll die Wünsche und Ideen der Teilnehmer der Strukturkonferenz in konkrete Änderungsvorschläge für den Landesvorstand formulieren. Wie war dein Eindruck von dem 1. Strukturplenum am 4. Februar diesen Jahres in Dresden?

Nach den tiefen Einschnitten, die die Corona-Pandemie auch für die Parteiarbeit und unser öffentliches Wirken gebracht hat, müssen wir die Strukturdebatte von einem neuen Punkt aus beginnen. Für die meisten Genossinnen und Genossen war und ist es ein wirklich großer Verlust, sich nicht regelmäßig treffen und austauschen zu können. Die Partei ist für viele ein bedeutsamer Anker ihres sozialen Lebens - und das ist eine ziemlich wichtige Funktion. Wir haben aber auch eine Menge gelernt. Insbesondere auf der Arbeitsebene im Land und zwischen Landesverband und Kreisen ist der Schritt zu einer weitgehenden Digitalisierung der Kommunikation vor allem durch Videokonferenzen, aber auch die Möglichkeit der kollektiven Arbeit an Dokumenten usw. gelungen. Die Einsparung an Reisekosten, vor allem aber an Zeit ist erheblich. Wenn sich zum Beispiel 20 Menschen zu einer Vorstandssitzung treffen, hatte bisher jede Teilnehmerin im Schnitt 4 bis 5 Stunden Fahrzeit, da werden also insgesamt fast 100 Stunden Ehrenamtszeit im Auto oder im Zug „erspart“. Das macht ehrenamtliches Engagement für viele leichter, wenn ein halber Arbeitstag an Fahrtzeit wegfällt, die Beteiligung von Menschen mit kleineren Kindern oder im Arbeitsleben fällt leichter. Und das gilt im Kern für alle Aufgaben, bei denen nicht die zwischenmenschliche Gemeinsamkeit im Vordergrund steht oder wenigstens wesentlicher Bestandteil ist. Menschliches Miteinander lässt sich eigentlich nicht digitalisieren - zumindest nicht so, wie ich es mir vorstelle. Jedenfalls müssen wir registrieren, dass die letzten Monate uns sehr betroffen haben, wir haben schnell reagiert und gelernt. Und auf dieser Basis müssen wir jetzt diskutieren, wie es weitergeht. Ich bin da guter Hoffnung, dass es in der Strukturdebatte eine Menge an Ideen gibt. Und das die guten davon auch auf fruchtbaren Boden in den Orts- und Kreisverbänden fallen.

Nach Redaktionsschluss

Landesverband startet Mitgliederbefragung im Rahmen der Strukturdebatte

In einem eMail über den Verteiler des sächsischen Landesverbandes der LINKEN hat die Landesgeschäftsführerin Janina Pfau am 15. Oktober zur Teilnahme an einer Mitgliederbefragung im Rahmen der Strukturdebatte aufgerufen.

Im folgenden der Wortlaut der eMail:

im Rahmen unserer vom Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden beschlossenen Strukturdebatte, bei der unsere Strukturen nach vielen Jahren endlich wieder auf die Gegebenheiten angepasst werden sollen, bist du nach deinen Erfahrungen als Parteimitglied gefragt. Leider stellt uns nach wie vor die Corona-Pandemie auch hier vor Herausforderungen. Um die coronabedingte Verhinderung vieler an den persönlichen Gesprächen in den Regionalkonferenzen zu kompensieren, lassen wir dir auf diesem Weg unsere Mitgliederbefragung zukommen. Dabei geht es uns vor allem darum, unseren Landesverband, aber auch die Kreis- und Ortsverbände zukunftsfähig und inklusiver zu gestalten. Da ihr vor Ort am besten wisst, was in eurem Kreisverband oder Ortsverband gut funktioniert und was geändert werden muss, bestimmen eure Blickwinkel den Fokus dieser Debatte. Mitmachen lohnt sich!

Die Mitgliederbefragung ist vollständig anonym, zum Ausfüllen solltest du ca. eine halbe Stunde Zeit einplanen. Die Befragung läuft bis einschließlich 1. November 2020. Für Rückfragen steht ich dir unter janina.pfau@dielinke-sachsen.de oder unter der Nummer **0351/853 27 35** zur Seite.

Folgender Link führt zur Befragung: <https://dielinke.limequery.com/296362>

Allen nicht im eMail-Verteiler erfassten Genossinnen und Genossen werden die Unterlagen zur Befragung auf postalischem Weg zugesandt.

unter den bedingungen der corona-pandemie - fortsetzung der strukturdebatte

regionalkonferenz zur strukturdebatte in döbeln

Um es an den Anfang zu stellen: Im Beschluss zur Führung einer Strukturdebatte im Landesverband Sachsen war den fünf vorgesehenen Regionalkonferenzen (darunter die in Döbeln) die Aufgabe zugeordnet, eine „Bestandsaufnahme und Ideensammlung für die künftige Struktur und Arbeitsweise des Landesverbandes, eine Problemanalyse und Lösungsfindung“ vorzunehmen.

Moderiert wurde die Veranstaltung von der Landesgeschäftsstelle. Persönlich anwesend war die Landesgeschäftsführerin Janina Pfau, die am Anfang zum Anliegen der Strukturdebatte im Landesverband sprach. Dem schloss sich eine Präsentation an, welche anhand knallharter Fakten zur Mitgliederentwicklung und zum Alters-



Über die Entwicklung der Strukturen in den Kreis- und Ortsverbänden wurde auf der Regionalkonferenz in Döbeln beraten. Schlussendlich standen den wenigen „Aha-Effekten“ viele Wünsche für die weitere Arbeit gegenüber.

durchschnitt das ganze Dilemma deutlich machte, in welchem sich der Landesverband befindet: Wir werden immer weniger und im Durchschnitt immer älter, die ehrenamtliche Arbeit deshalb immer schwieriger.

Es folgte die bei solchen Konferenzen inzwischen übliche intensive „Selbstbetätigungsphase“, mit Kärtchen und Pinnwänden von Katrin Pritscha und ihren Mitstreiterinnen gründlich vorbereitet, am Schluss allerdings mit weniger „Aha-Effekten“ bei den Anwesenden und mehr Wünschen, was anders werden muss.

Das bittere Ende: Die „Konferenz“ hatte diesen Namen nicht verdient. Es war eine Zusammenkunft aktiver Genossen des Döbelner Ortsverbandes, in die sich eine Genossin aus Görlitz und ein junger Genosse aus Leipzig verirrt hatten. Die Anzahl der Teilnehmer konnte man an den Fingern zweier Hände abzählen! (hw)



MARIKA TÄNDLER-WALENTA berichtet vom landesparteitag

Zeit und Raum für konstruktive Gespräche

„Wir brauchen keine börsennotierten Gesundheitsapparate. Das sind Konzerne, die sammeln Krankenhäuser wie andere Briefmarken.“ Sehr treffende Worte, die Bodo Ramelow, Ministerpräsident der LINKEN in Thüringen, auf der 3.Tagung des 15.Landesparteitags in Plauen an mich und alle anderen Delegierten richtete.



Die Kreisvorsitzende der mittelsächsischen LINKEN, Marika Tändler-Walenta, hatte als Leiterin der Antragskommission viel zu tun.

Neun mittelsächsische Delegierte (drei online und sechs offline) verfolgten die Debatten des Parteitag, u.a. zum Leitantrag und zum Listenwahlverfahren für die Bundestagswahlen 2021.

Am Samstag, dem 10. September, tagten wir in der Plauener Messehalle auf dem ersten hybriden Parteitag in unserer Historie. Eine Mischung aus online - und offline - Teilnehmenden, wobei offline für uns bedeutete, mit dem entsprechenden Abstand und unter Einhaltung der Hygieneregeln zu tagen, nahm daran teil und stand damit symbolisch für das bisherige Jahresgeschehen. Entsprechend den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen begrüßten uns auch am Morgen Susanne Schaper und Stefan Hartmann mit den wichtigsten Inhalten des Landesparteitages.

Ich selbst war diesmal in der Leitung der Antragskommission tätig und das hat nichts mit Ausruhen zu tun, auch wenn es so klingt. Anträge auf Satzungsänderungen waren genauso zu bearbeiten wie Dringlichkeits- und Solidaritätsanträge für MAN in Plauen und Freiberg sowie dem Schmiedewerk in Roßwein, den ich persönlich eingereicht habe. Im Weiteren haben wir uns über das Wahlverfahren für die 2021 anstehende Bundestagswahl verständigt und sind zu dem Ergebnis gekommen, als Partei keine Kandidierenden und Spitzenkandidat*innen zu nominieren. Abschließend empfand ich es trotz der ungewohnten Form des Parteitags als einen unverzichtbaren Baustein für unsere Partei und unser Parteileben.

Nachdem die letzte Ortsvorsitzenden-Beratung schon etwas länger zurückgelassen hatte, fand am 29.09.2020 im Hotel „Schwarzes Ross“ in Siebenlehn unter Einhaltung der Corona-Hygiene-Vorschriften eine Beratung statt. Themen waren die schwierigen Bedingungen unter Pandemiebedingungen politisch wirksam zu sein und aktuelle Baustellen in den einzelnen Regionen. Darüber hinaus waren auch der Leitantrag des erste Hybrid-Parteitages (welcher eine Teilnahme Vorort oder digital ermöglicht) in Plauen und der anstehende Bundesparteitag in Erfurt Themen der Tagesordnung. Hans Weiske zeigte in einer kurzen Power-Point Präsentation die von Hans-Jürgen-Kühn und ihm maßgeblich neu gestaltete Website des Kreisverbandes und informierte über die Mitwirkungsmöglichkeiten der Ortsverbände. (tch)

Zur Einhaltung der Corona – Regeln fand der Kreistag am 23. September wieder in der „HarthArena“ in Hartha statt. Ungeachtet der Pandemie mussten sich die Anwesenden u.a. vier unnötig lange Vorträge anhören. Damit zog sich die Tagung über vier Stunden in die Länge.

Im TOP **Informationen des Landrates** gab es einen längeren Vortrag zur Zukunft des Leader – Programms in Sachsen. Wichtig dabei war, dass es trotz Widerständen aus den Ministerien in Dresden weiter geführt werden soll. Allerdings weiß gegenwärtig niemand, wann es dafür wieder Geld gibt bzw. wie viel.

Obwohl der **Entwurf des Haushaltsplanes für 2021/22** ohne Diskussion in die Ausschüsse verwiesen wurde, ließ es sich der Kämmerer nicht nehmen, ausführlich über Planansätze und Haushaltsrisiken zu informieren. Wichtigste Aussage war, dass die Kreisumlage nicht steigen soll und Überzahlungen den Kommunen noch in diesem Jahr erstattet werden. Das ist immerhin eine Summe von rd. 3,7 Mio Euro. Allerdings sind auch in den Jahren 2021/22 höhere Ausgaben als Einnahmen zu erwarten. Der Ausgleich und damit die Genehmigungsfähigkeit werden durch einen legalen Trick erreicht. Der erwartete Minusbetrag wird mit dem Basiskapital verrechnet, Da es wieder ein Doppelhaushalt werden soll, hat unsere Fraktion dazu einen Antrag eingereicht: Der Landrat legt dem Kreistag nach Ablauf eines jeden Haushaltsjahres einen Bericht vor, mit dem der Kreistag zeitnah über die vorläufigen Ergebnisse des abgelaufenen Haushaltsjahres informiert wird. Damit wird der Kreistag in die Lage versetzt, eventuell erforderliche Korrekturen oder Ergänzungen für das neue Haushaltsjahr vorzunehmen. Bis auf drei Enthaltungen haben alle Kreisrätinnen und Kreisräte diesem Antrag zugestimmt. Unsere Fraktion hat den Kämmerer zu einer Klausurberrattung Haushalt eingeladen.

Im nächsten TOP stand die **Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Döbeln** zur Diskussion. Obwohl der Vorstandsvorsitzende erklärte, das im Geschäftsjahr 2019 das Eigenkapital der Bank um ca. 8 Millionen Euro angestiegen ist, wurde einer Empfehlung der Bankenaufsicht gefolgt und erstmals keine Ausschüttung an den Landkreis geplant. Stattdessen muss jetzt der Landkreis bei seiner eigenen Bank für angelegte Gelder noch „Verwahrgeld“ bezahlen! Damit entsteht ein Verlust von ca. einer dreiviertel Million! Lediglich zwei Abgeordnete unserer Fraktion waren damit nicht einverstanden und haben deshalb der Entlastung des Verwaltungsrates nicht zugestimmt.

Zur **Vergabe der Restmüllentsorgung aus dem Bereich Döbeln** hat das Mitglied unserer Fraktion, Peter Krause, nachgefragt, ob der Abtransport nach Leuna per Bahn geprüft wurde. Leider war dieses Kriterium nicht Bestandteil der Ausschreibung. Also werden künftig jede Woche Dutzende LKW unsere Straßen zusätzlich belasten. Trotzdem war die Ausschreibung notwendig geworden, da die Zweckvereinbarung mit dem Abfallwirtschaftsverband Chemnitz (AWVC) für diesen Bereich zum 31.05.2020 ausgelaufen ist und Verhandlungen über eine neue Vereinbarung ergebnislos abgebrochen wurden. Finanziell war das Ergebnis positiv. Mit der Vergabe werden deutliche Einsparungen zur Gebührenkalkulation erreicht. Im Vergleich mit den aktuellen Gebühren des AWVC werden über den Zeitraum bis 2025 über 1,1 Mio Euro eingespart. Hinzu kommt noch, das in der Summe die Option für weitere Jahre enthalten ist.

Im nächsten TOP stand die **Schulnetzplanung des Landkreises Mittelsachsen** zur Beratung und Beschlussfassung. Ein Dokument mit über 250 Seiten. Dabei sind hier die Berufsschulen noch gar nicht integriert. Es geht ausschließlich um die allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges. Dabei wurde beachtet, das es teilweise große Abweichungen zwischen den Prognosen des Landesamtes für Schule und Bildung aus der Planung 2011 und der tatsächlichen Entwicklung der Schülerzahlen im Zeitraum 2011 bis 2020 gibt. Einige der öffentlichen Schulträger, also die Kommunen, erwarten aufgrund eigener Prognosen höhere Einschulungszahlen, als im Schulreport des Landesamtes für Schule und Bildung aus 2019 ausgewiesen. Unter Beachtung dieser Hinweise konnte für alle im Landkreis bestehenden Schulen die Sicherheit aller Standorte erreicht werden. Die vom Kreistag berufene AG Schulnetzplanung und Schülerbeförderung hat 2019 und 2020 in drei Sitzungen den Schulnetzplan vorberaten. Der Kreistag hat die Schulnetzplanung fast einstimmig beschlossen und den Landrat beauftragt, dazu die Genehmigung der obersten Schulbehörde einzuholen.

Informationen des Landratsamtes zum Schulnetz des Landkreises Mittelsachsen

Im Landkreis Mittelsachsen gibt es 73 Grundschulen, 29 Oberschulen, 13 Gymnasien und 14 Förderschulen. Von den insgesamt 129 Schulen befinden sich 117 Schulen in öffentlicher Trägerschaft und zwölf in freier Trägerschaft. Der Landkreis selbst ist Träger von 14 Schulen (acht Förderschulen und sechs Gymnasien inklusive dem Kolleg als zweitem Bildungsweg). Im Schuljahr 2019/20 wurden rund 28 200 Kinder und Jugendliche im Landkreis Mittelsachsen unterrichtet.

Die mittel- und langfristigen Bedarfsprognosen für Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien basieren auf den Schülerzahlen des Schulreports 2019. Der Schulreport wird jährlich vom Landesamtes für Schule und Bildung herausgegeben. Demnach sinkt die Grundschülerzahl von aktuell rund 10 400 auf knapp 8 800 im Schuljahr 2029/30. Dieser Rückgang macht sich zeitversetzt an den Oberschulen und Gymnasien bemerkbar. Es wird in beiden Schularten ein leichter Anstieg der Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2025/26 beziehungsweise 2027/28 prognostiziert, bevor auch hier mit sinkenden Schülerzahlen zu rechnen ist.

Nachdem der Sächsische Landtag am 15. Juli 2020 das „Gesetz zur Einführung der Gemeinschaftsschule im Freistaat Sachsen“ mit den von CDU, GRÜNEN und SPD initiierten Änderungen beschlossen hat, gilt der maßgeblich von der LINKEN unterstützte **Volksantrag „Längeres gemeinsames Lernen in Sachsen“** - 50.120 Menschen unterzeichneten ihn - formal als abgelehnt. Der Landtagspräsident teilte den Organisatoren daraufhin mit, dass in dieser Angelegenheit ein Volksbegehren gestartet werden kann. Darauf wurde seitens des Bündnisses „Gemeinschaftsschule in Sachsen“ verzichtet. Seit 1. August 2020 gelten Änderungen des Sächsischen Schulgesetzes, die zu strukturellen Änderungen im Schulnetz führen können. Dazu wird vom Landratsamt folgender Ausblick gegeben.

Ausblick zur Entwicklung des Schulnetzes:

Nach der Änderung des Sächsischen Schulgesetzes sollen künftig in Sachsen **neben dem gegliederten Schulsystem der allgemeinbildenden Schulen** (Grundschule, Förderschule, Oberschule, Gymnasium) auch **Gemeinschaftsschulen** möglich sein. Ebenso soll die Schulart Oberschule durch die **Oberschule +** erweitert werden.

In der **Gemeinschaftsschule** sollen Kinder und Jugendliche künftig von der 1. bis zur 12. Klasse gemeinsam lernen. Abweichend kann die Gemeinschaftsschule auch die Klassenstufen 5 bis 12 umfassen, wenn das für die Klassenstufen 1 bis 4 erforderliche Angebot durch die Kooperation mit mindestens einer Grundschule im Einvernehmen gewährleistet wird.

Die Gründung von Gemeinschaftsschulen setzt voraus, dass ab Klassenstufe 5 mindestens vier Parallelklassen gebildet werden. Für den ländlichen Raum wird die Ausnahme der dreizügigen Einrichtung in der Klassenstufe 5 in zwei aufeinander folgenden Schuljahren formuliert.

Für ein gemeinsames Lernen in der den Klassenstufen 1 bis 10 wird mit dem neuen Gesetz auch die Einrichtung der sogenannten **„Oberschule +“** möglich. Diese besondere Form der Oberschule soll die Klassenstufen 1 bis 10 umfassen und höchstens zweizügig sein.

Alle öffentlichen Schulträger haben sich im Verfahren zur Herstellung des Einvernehmens zur Fortführung der bestehenden Schulen positioniert.

Die durch die Änderung des Sächsischen Schulgesetzes seit 1. August 2020 möglichen strukturellen Änderungen werden gegebenenfalls in der Fortschreibung der Schulnetzplanung zu berücksichtigen sein. Das Gesetz enthält eine Übergangsbestimmung, die Ausnahmen zur Schulnetzplanung ermöglicht.

von Gottfried Jubelt, fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Kreistag Mittelsachsen

Stellenausschreibung

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE. im Kreistag des Landkreises Mittelsachsen schreibt die Stelle eines Fraktionsmitarbeiters (m/w/d) zur Besetzung am Arbeitsort Landkreis Mittelsachsen ab 01. November 2020 aus.

Die Tätigkeit umfasst:

- Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Kreisräte, u. a. Recherche zu Beschlussvorlagen, Stellungnahmen zu kreispolitischen Themen und des Haushaltsplanes
- Organisation der Fraktionsarbeit im Kreistag und seinen Ausschüssen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Fraktion, insbesondere dem Fraktionsvorsitzenden und den Obleuten der Arbeitsgruppen und des Kreistagsbüros
- Kontaktaufnahme und -pflege zu Vereinen, Institutionen, kommunalen Einrichtungen und der Verwaltung
- Koordination der Veranstaltungstätigkeit und der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion
- Betreuung des Internetauftritts der Fraktion und der sozialen Medien
- Gewährleistung von Sprechzeiten für die Öffentlichkeit im Landkreis Mittelsachsen
- Organisation von Weiterbildungsveranstaltungen für die Fraktion

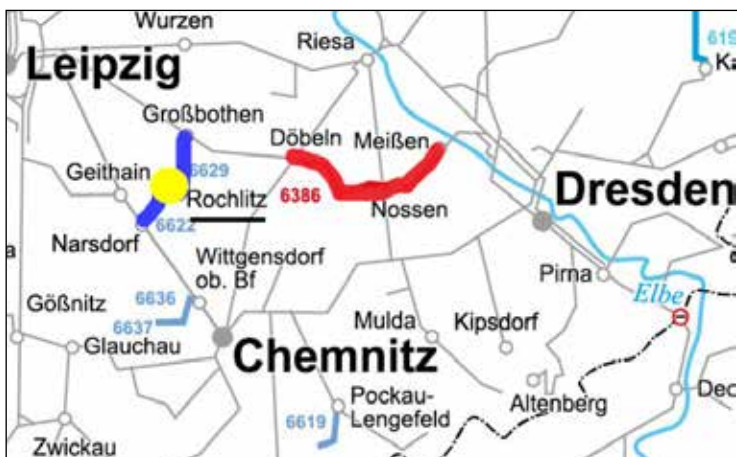
Voraussetzungen:

- selbständiges, engagiertes und zuverlässiges Arbeiten, Organisationstalent, Bereitschaft zu flexibler Arbeitszeit auch an Wochenenden
- kommunikative Aufgeschlossenheit und sicheres Auftreten, gute schriftliche Fähigkeiten
- Pkw-Führerschein und möglichst eigenen PKW
- sichere Arbeit mit den gängigen PC-Anwendungen einschließlich Internet
- Nähe zu den Wertvorstellungen der Partei DIE LINKE
- möglichst Kenntnisse über Kreistagsarbeit und den Landkreis Mittelsachsen
- möglichst Kenntnisse im Kommunalrecht

Die Wochenarbeitszeit beträgt 20 Stunden und wird angelehnt an die Entgeltgruppe E 6 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst. Die Dauer des Arbeitsverhältnisses ist auf die aktuelle Legislaturperiode begrenzt.

Schriftliche Bewerbungen sind bis 30. Oktober 2020 zu richten an:

GOTTFRIED JUBELT, Enge Gasse 6, 09573 Augustusburg
eMail: agrarberatung-g.jubelt@freenet.de



Ausschnitt aus der vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) herausgegebenen aktuellen Broschüre zur Reaktivierung von stillgelegten Eisenbahnstrecken in Deutschland (*Hervorhebungen durch mich, h.w.*). In Mittelsachsen vor allem betroffen sind die (rot hervorgehobene) Strecke zwischen Döbeln und Meißen und (neu hinzugekommen und blau hervorgehoben) die Strecken Narsdorf-Rochlitz und Rochlitz-Großbothen.

unser dauerthema: reaktivierung von bahnstrecken

Seit dem in unserer Juni-Ausgabe veröffentlichten Schreiben der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der LINKEN, **CAREN LAY**, beschäftigen wir uns in den LinksWorten mit der Frage der Reaktivierung von Bahnstrecken in Mittelsachsen. Das betrifft vor allem zwei Schwerpunkte:

- Den ehemaligen Eisenbahnknoten Rochlitz. Von dem aus gab es vor 1990 Verbindungen in alle Himmelsrichtungen, darunter nach Chemnitz, Glauchau und Leipzig.
- Die Stilllegung des Abschnittes von Döbeln über Roßwein und Nossen nach Meißen-Triebischtal auf der ehemaligen Bahnstrecke von Borsdorf nach Coswig als Teil einer Fernverbindung von Leipzig nach Dresden.

Am 9. Juli hat der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) gemeinsam mit der "Allianz pro Schiene" die Vorschläge zur Reaktivierung von stillgelegten Eisenbahnstrecken in Deutschland aktualisiert und erweitert. Siehe dazu einen Ausschnitt auf dieser Seite unten links.

Zur Situation um Rochlitz fand am 15. Oktober bei FRANK DEHNE, dem Oberbürgermeister von Rochlitz, eine Beratung mit CAREN LAY und MARIKA TÄNDLER-WALENTA statt.

Frank Dehne machte deutlich, welch "großer Kampf" in den vergangenen Jahren zur Reaktivierung des Eisenbahnverkehrs um Rochlitz geführt wurde und wird, nicht selten vergleichbar mit einem Kampf gegen Windmühlenflügel. Insgesamt gehe es um die Reaktivierung der Strecken Rochlitz-Großbothen und Narsdorf-Rochlitz und somit über Geithain bzw. Großbothen um die Einbindung in das miteldeutsche S-Bahn-Netz um Leipzig und Halle in nördliche Richtung sowie über Narsdorf und Burgstädt in das Chemnitzer Modell in südlicher Richtung. Priorität habe gegenwärtig die Reaktivierung der Strecke über Colditz, Großbothen und Grimma. Von Rochlitz aus könnte damit Leipzig und Chemnitz mit dem Zug direkt erreicht werden. Am Bahnhof könnte ein moderner Park and Ride Park-



Im Anschluss an das Gespräch beim Rochlitzer Oberbürgermeister machten **CAREN LAY** und **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (von links) bei trübem Wetter und Nieselregen eine kurze Stippvisite zum heute einen trostlosen Anblick bietenden ehemaligen Rochlitzer Bahnhof. In besten Zeiten gab es von hier Bahnverkehr in alle Richtungen. Seit 2001 ist der Zugverkehr eingestellt. Man hofft auf die Zukunft.

platz entstehen. Die Strecke nach Großbothen habe es auf Initiative der Grünen sogar in den Koalitionsvertrag der sächsischen Landesregierung geschafft und selbst der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer habe im Juni auf einer Veranstaltung in Grimma mit "warmen Worten" Unterstützung signalisiert. Man habe eine Potenzialanalyse mit sehr vielversprechenden Ergebnissen erarbeiten lassen, der aber nach dem Willen des von Martin Dulig geleiteten Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr eine weitere folgen muss. Dehne sprach von einer teilweise krassen Situation, was die Sicherung der Verkaufs- und Vorkaufrechte betrifft. Caren Lay und Marika Tändler-Walenta sicherten Frank Dehne bei seinem Vorhaben "starken Rückenwind" seitens der Bundestags- und Landtagsfraktion der LINKEN zu. (hw)

der tag der opfer des faschismus in mittelsachsen



Ehrung der Opfer des Faschismus durch den Ortsverband der LINKEN in der Kreisstadt Freiberg. Vor dem Denkmal des sowjetischen Ehrenfriedhofs in der Himmelfahrtsgasse sprach der Ortsvorsitzende der LINKEN, **ACHIM GRUNKE**, zu den Teilnehmern, (oberes Foto). Die redaktionelle Bearbeitung seiner Ansprache unter dem Motto „Der zweite Sonntag im September - Tag der Opfer des Faschismus“ ist auf Seite 10 veröffentlicht. Blumen wurden durch die Teilnehmer am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus am gleichen Ort niedergelegt.

ortsverband brand-erbsdorf engagiert sich für ehrenmal antifaschistischer widerstandskämpfer

- Spendenaufruf -

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Brand-Erbisdorf und ihrer Ortsteile,

mit vielen Jahren wird auf dem heiligen Friedhof in Brand-Erbisdorf mit einem Ehrenmal der antifaschistischen Widerstandskämpfer gedacht. Viele ehrenwürdige Bürger aus Brand-Erbisdorf und Umgebung fanden hier ihre letzte Ruhestätte und erfahren so postum ihre Ehre und Würdigung.

Der Ortsverband Brand-Erbisdorf in der Partei DIE LINKE, sieht sich in der Pflicht, diesen in der Denkmalpflege des Landesrats aufgeführte Ehrenmal in seinem aktuellen Zustand zu halten. Besondere Dank gehört hier unserem Mitstreiter **Hilge Puschert**, die jährlich mit Pflege und neuer Befestigung des Ehrenmal für alle Freiheitskämpfer schonenwert arbeiten lässt.

Der Ziel der Ziel geht über durchreichen geliebter nicht an der Bausubstanz eines solchen Denkmals vorbei. Deshalb werden wir gern die Inschrift erneuern und Säuberungsarbeiten vornehmen, wobei hier ein Gewerbetreibender als sponserer Regionals gefördert werden könnte. Dafür benötigt man ca. 1.000 Euro, die wir leider nicht allein schultern können.

Deshalb geht unser heutiger Spendenaufruf an alle Bürger unserer Stadt, mit einem Ihren möglichen finanziellen Beitrag, dieses Projekt zu unterstützen.

Wenn Sie helfen können und möchten, spenden Sie bitte per Überweisung auf folgendes Konto:

DIE LINKE Mittelsachsen
Spendenkonto Mittelsachsen
IBAN: 08676 20820043119028100
Verwendungszweck: Ehrenmal Friedhof Brand-Erbisdorf

Für Ihr Verständnis, Ihre Hilfe und Unterstützung danken wir Ihnen schon heute ganz herzlich.

Der Ortsvorsitzende der Partei DIE LINKE, Brand-Erbisdorf



Das Ehrenmal auf dem Friedhof Brand-Erbisdorf. Im November des vergangenen Jahres fand hier ein Lokaltermin mit Falk Neubert statt.

Auf der vom Ortsverband der LINKEN organisierten Gedenkveranstaltung am 1973 geweihten Ehrenmal der antifaschistischen Widerstandskämpfer auf dem Friedhof in Brand-Erbisdorf wendete sich Oberbürgermeister **DR. MARTIN ANTONOW** in sehr eindringlichen Worten an die Anwesenden. Er würdigte dabei auch die antifaschistischen Traditionen in der DDR. (auf dem oberen Bild ist er im Gespräch mit Teilnehmern der Veranstaltung zu sehen).

Nebenstehend ein Ausschnitt aus den LinksWorten vom Juli 2016. Nach einem Lokaltermin mit dem damaligen Kreisvorsitzenden **FALK NEUBERT** wurde ein Angebot für die Erneuerung der Inschrift und Säuberungsarbeiten eingeholt und ein entsprechender Spendenaufruf verfasst. Durch die Denkmalschutzbehörde beim Landratsamt wurde die Maßnahme zu 80 Prozent gefördert. Der Spendenaufruf erbrachte fast 1.000 Euro, vor allem durch großzügige Spenden der Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Brand-Erbisdorf. Vor vier Jahren wurde der Tag der Opfer des Faschismus erstmals nach der „Schönheitskur“ der Gedenkstätte begangen.



von **DIETER ERLER**, Rochlitz

E twa 15 Genossinnen und Genossen sowie einige Sympathisanten aus Rochlitz und Lunzenau trafen sich aus alter Tradition am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus im dortigen Heinrich Heine Park. **ANNEMARIE ZSCHALIG** sprach eingangs ein paar Worte der Begrüßung und des Erinnerns, danach wurden Blumen am Denkmal abgelegt. Kritikwürdig ist die stetig abnehmende Zahl der Teilnehmer. Insbesondere aus den nahegelegenen Ortsverbänden Penig und Burgstädt müsste es doch möglich sein, einige Personen zu mobilisieren. Gleichwohl werden die Organisatoren der Gedenkveranstaltung darüber beraten, dieses Ereignis in Lunzenau evtl. mit einem anderen Gedenktag zu verbinden.

so feierte die stadt freiberg 30 jahre deutsche einheit

von RUTH UND JOHANNES KRETZER,
Freiberg

Der Freiburger Oberbürgermeister Sven Krüger hatte für den 03.10.2020 zur Festveranstaltung der Universitätsstadt anlässlich des „Tages der Einheit“ die Bürger der Stadt und weitere Gäste eingeladen. Als Festredner trat der Journalist und ehemalige ZDF-Redakteur Peter Hahne aus Berlin-Wilmersdorf auf, der sich gleich zu Beginn bei Herrn Bürgermeister Reuter und dem OB Krüger für deren Einladung bedankte.

Das vom Redner gewählte Thema „Einig und wieder gespalten? – Deutschland 30 Jahre danach“ versprach Einiges. Was dann aber Herr Hahne uns eingeladenen Festgästen bot, war dem Anlass absolut unwürdig, weder inhaltlich noch der Form nach. In Bierzeltmanier brüllte er seine Gedanken in den Raum, nuschte zwischen durch etwas, mit weitausholenden Gesten plusterte er sich auf, aber leider platzte er nicht. Ein roter Faden seiner „Rede“ war nicht zu entdecken, stattdessen berichtete er als Selbstdarsteller von seinen vielen persönlichen Begegnungen mit „Gott und der Welt“. Freiberg hatte er noch nie besucht. Deshalb waren nach seinen Worten nacheinander sieben Freiburger erforderlich, ihm den Weg zum Feierort Nikolaikirche zu weisen. Er witzelte: Freiberg kann man ja nicht einmal mit einem Navigator erreichen. Das erheiterte einige Anwesende, uns nicht. Am Rednerpult stehend entfernte er die druckfrische Verpackung einer seiner mitgebrachten Bücher, die er nach seinem Auftritt vor der Nikolai-Kirche verkaufte. Das gesuchte Zitat fand er aber nicht. Die einzige bemerkenswerte Aussage des Westdeutschen Hahne war die Ermahnung, wir Sachsen sollten uns nicht verwestlichen lassen. Seine

gegen Grüne und Linke gerichteten Ausführungen veranlassten unsere Stadträtin Dr. Jana Pinka nach einigem Zögern den festlichen Ort Aufsehen erregend zu verlassen.

Hahne beendete seine Ausführungen, denn eine Festrede war es nicht, mit einem Blumengruß als Hochzeitsgratulation für OB Krüger.

Erfreulich und wirklich beeindruckend war, was die Mitglieder unserer Mittelsächsischen Philharmonie den Anwesenden boten. Mit dem 2. Satz des Kaiserquartetts von Josef Haydn erinnerten sie an die Herkunft der Melodie der jetzigen deutschen Nationalhymne. Danach überraschten sie alle mit einem Musikstück, das die Melodien der DDR-Nationalhymne von Hans Eisler und der Hymne der Bundesrepublik aufnahm und mit Motiven von Beethovens Neunter Sinfonie abschloss. Komponiert hatte das der junge mexikanische Kapellmeister der Mittelsächsischen Philharmonie Jose Luis Gutiérrez Hernandez. Sich selbst auf dem Flügel begleitend, sang er schließlich noch die Wende-Hymne „Wind of Change“. Für diese Auftritte bekamen die Mitglieder unserer Mittelsächsischen Philharmonie zu recht verdienten Applaus.

Trotzdem erhielt der „Nichtredner“ Peter Hahne vom Oberbürgermeister viele Dankesworte für „nicht viel“, verbunden mit einem tiefen Dank an Bürgermeister Reuter dafür, dass er Hahne nach Freiberg geholt hatte. Der Erfolgsgeschichte Freibergs, wie in der Einladung vom Oberbürgermeister Krüger angekündigt, gedachte der Redner nicht.

Das Honorar wird Peter Hahne sicherlich nicht enttäuscht haben. Dass sein Freiburger Bücherumsatz ihn befriedigte, hoffen wir nicht.

Warum wurde kein Freiburger Akteur, der vor Ort wirkte und an die eingetretenen Veränderungen hautnah erinnern konnte, Festredner?

faire Löhne, gute rente, armut bekämpfen! auf „rententour“ im landkreis mittelsachsen

von KATI VOIGT

Am Mittwoch, den 07.10.2020 war ich gemeinsam mit Marko Forberger und Mirko Schäffner auf Rententour in Mittelsachsen unterwegs. Die Veranstaltungen fanden unter dem Motto „Für ein solidarisches Rentensystem: Faire Löhne, gute Rente – Armut bekämpfen!“ statt. Zunächst waren wir in Döbeln vor Ort. Dort platzierten wir den riesigen roten Rententopf – als Symbol für ein solidarisches Rentensystem in das alle einzahlen – so auch Beamte und Politiker. Ein echter Blickfang mit dem die Aufmerksamkeit der Passant_innen geweckt werden konnte. Außerdem stellten wir mehrere Ausstellungstafeln mit vielfältigen Informationen zum Thema auf. Leider konnte Marika Tändler-Walenta krankheitsbedingt nicht an der Veranstaltung teilnehmen, was sie sehr bedauerte. So übernahm Marko Forberger kurzerhand die Moderation der Gespräche in unserer „Gesprächsarena“. Unterstützt wurden wir zudem von Peter Kotschik, einem Vertreter der AG Senioren, der unserer Einladung gefolgt ist und worüber wir uns sehr freuen haben. In Döbeln sind wir mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen. Sie berichteten uns von ihren Erfahrungen und ihrer aktuellen Situation als Rentner_innen. Wir konnten den Bürger_innen unsere Vorstellungen eines solidarischen Rentensystems näherbringen, was auf großen Zuspruch gestoßen ist. Bis auf die herbstlichen Temperaturen, aus meiner Sicht eine rundum gelungene Veranstaltung.

Im Anschluss fuhren wir gemeinsam nach Freiberg, um auch dort für ein faires Rentensystem und eine solidarische Mindestrente von 1050,- Euro zu werben und den Menschen unsere Ideen näher zu bringen. Leider meinte es das Wetter nicht allzu gut mit uns und der Regen ließ nicht lange auf sich warten. Daher waren auch nicht allzu viele Passant_innen unterwegs, mit denen wir ins Gespräch kommen konnten. Trotz der

widrigen Umstände war Genossin Ruth Fritzsche vom Anfang bis zum Ende vor Ort, Chapeau! Und auch Christine Pastor hat sich vom miesen Wetter nicht abschrecken lassen und ist unserer Einladung als Gesprächsgast gefolgt, danke dafür!

weiterführende Informationen:

DIE LINKE weist darauf, dass nur ein gemeinsamer und starker solidarischer staatlicher Rententopf allen eine würdige Rente in unserem Land sichern kann und private Rentenversicherungen nur die Taschen der Finanz- und Versicherungsindustrie füllt. Es muss Schluss sein mit den rentenpolitischen Extrawürsten u.a. für Politiker*innen oder Beamt*innen. Entscheidend für eine gute Rente sind auch faire Löhne in den Erwerbsjahren davor. Wer jahrzehntelang im Niedriglohnssektor schuftete musste, darf in der Rente nicht auch noch mit dem Gang zum Sozialamt bestraft werden. DIE LINKE schlägt zudem eine „Solidarische Mindestrente“ vor, die für Menschen ab 65 Jahren dafür sorgen soll, dass niemand im Alter von weniger als aktuell 1.050 Euro netto leben muss. Wer heute im Landkreis Mittelsachsen in den Ruhestand geht, hat sich oftmals durch Phasen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, Erwerbslosigkeit oder der beruflichen Umorientierung in den schwierigen Wendejahren gekämpft. Unter der Regierung von Gerhardt Schröder (SPD) wurde ab 2000/2001 mit einer Reform die staatliche Rente geschwächt und das Geschäftsmodell der privaten Rentenversicherung (Riester) im Sinne des Profits für Banken und Versicherungen gestärkt. Zusätzlich wurden Rentenbeiträge abgesenkt sowie die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre politisch vorbereitet. Seit den Jahren der Agenda 2010 kam es ab den Jahren 2003 zudem zu massiven Kürzungen im sozialen Bereich und zu einer nie dagewesenen Ausweitung des Billiglohnssektors, der bis heute Wirkung zeigt. Die Folgen sind Altersarmut auch im Landkreis Mittelsachsen.



der zweite sonntag im september

von ACHIM GRUNKE

Der zweite Sonntag im September jeden Jahres ist heute den meisten nur als „Tag des offenen Denkmals“ bekannt. In der DDR wurde der zweite Sonntag im September als „Tag der Opfer des Faschismus“ (OdF-Tag) begangen. In dieser Traditionslinie, aber zugleich als ein Neubeginn, wird seit 1990 von verschiedenen Organisationen ebenfalls der zweite Sonntag im September nun als „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ veranstaltet.

erste Nachkriegsjahre

Als 1945 die Jahrestage der Ermordung Ernst Thälmanns, Rudolf Breitscheids und der Widerstandskämpfer des 20. Juli bevorstanden, ergriffen ehemalige politische Häftlinge die Initiative zur Begründung eines Gedenktages für die Opfer des Faschismus. Aus diesem Anlass wendete sich der Berliner „Hauptausschuss Opfer des Faschismus (OdF)“ am 3. August an den Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner. Der Berliner Magistrat nimmt sich dieses Anliegens an. Er ruft erstmals für den 9. September 1945 zum „Tag der Opfer des Faschismus“ auf. Die neu zugelassenen demokratischen Parteien, die Kirchen, die Gewerkschaften und Jugendausschüsse unterstützen den Gedenktag. Im Zentrum der Ehrung stehen die „toten Helden des antifaschistischen Kampfes“, wie es im Aufruf des Berliner „Hauptausschusses OdF“ heißt. Auch in zahlreichen Städten Sachsens, in Brandenburg, Weimar, Neumünster und Stuttgart wird im September 1945 der Opfer des Faschismus gedacht.

Die Gedenkveranstaltungen in den frühen Nachkriegsjahren in vielen Städten Deutschlands mit Hunderttausenden von Teilnehmern und die Berichterstattung in den Medien förderten die beginnende Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit. Sie rückten die Opfer des Faschismus in das Bewusstsein der Bevölkerung. Am 22. September 1946 stand im Berliner Lustgarten die Würdigung des deutschen Widerstandes in seiner weltanschaulichen Vielfalt im Mittelpunkt. Am 14. September 1947 war das zentrale Anliegen die Ehrung der Toten und die Verpflichtung der Lebenden. Im Gedenken an alle Opfer des Faschismus sind diese OdF-Tage noch weitgehend überparteilich und überkonfessionell.

Millionen jüdische Opfer mahnen zur Wachsamkeit gegenüber einem schon wieder offen auftretenden Antisemitismus, vor dem die Repräsentanten der Jüdischen Gemeinde Heinz Galinski und Julius Meyer zum OdF-Tag 1947 eindringlich warnen. 1947 gehört erstmals die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) zu den Trägern des Gedenktages. Ottomar Geschke (Vorsitzender der VVN) erklärte auf der Kundgebung im Lustgarten: „Der Kampf gegen den Antisemitismus ist nicht ein Kampf der Juden. Er muss ein Kampf aller anständigen Menschen in der ganzen Welt sein“.

Anliegen des OdF-Tages war es, Gedenken und Erinnerung mit Aufklärung und Mahnung zu vereinen. Programm und Ablauf des Tages gleichen sich vielerorts. Widerstandskämpfer, führende Vertreter von Landesregierungen und Stadtverwaltungen und Politiker aller Parteien treten auf. Von der Bevölkerung wird der OdF-Tag jedoch nicht immer wohlmeinend angenommen: Schlussstrichmentalität, Scham über die eigene Schuld und Verantwortung, der Wunsch nach Neubeginn um den Preis des Vergessens bestimmen die Gemütsverfassung vieler Menschen, die Erfahrungen von Bombar-

dierung und Vertreibung vertiefen die Kluft zwischen den überlebenden Opfern des Faschismus und der großen Mehrheit der Bevölkerung.

1948 – Ende des gemeinsamen Gedenkens

Unter dem Druck des Kalten Krieges, im Jahr von Währungsreform und Berlin-Blockade, zerbricht der antifaschistische Konsens. In der angespannten politischen Lage des Sommers 1948 beteiligt sich der Magistrat von Berlin nicht mehr am OdF-Tag. Er richtet am 12. September eine eigene kleine Gedenkfeier in Plötzensee aus.

Die VVN ruft weiter zur Großkundgebung im Lustgarten auf. Sie wird unterstützt von religiösen Gemeinden, den Ostverbänden von CDU und LDP, vom Kulturbund, von FDGB und FDJ sowie der SED und der sowjetischen Militäradministration. Der stellvertretende Vorsitzende der VVN, Heinz Galinski, eröffnete die Kundgebung mit über Hunderttausend Teilnehmern im Lustgarten. Erstmals nehmen auch ausländische Gäste teil. Am Vortag findet ein Kongress internationaler Widerstandskämpfer im Filmtheater „Babylon“ statt.

Bundesrepublik und Westberlin

Mit den deutschen Staatsgründungen teilt sich das Gedenken an die Opfer des Faschismus endgültig. 1949 ruft der neu konstituierte Westberliner Senat für den OdF-Tag zu einer eigenen Veranstaltung in Plötzensee auf. Sie soll ein „Gegengewicht“ zu der Kundgebung im Lustgarten in Ostberlin schaffen.

In den fünfziger Jahren wird das Gedenken an die Opfer des Naziregimes Teil der offiziellen Erinnerung an alle Opfer von Gewaltherrschaft vor und nach 1945. Im Zeichen von Totalitarismus-Theorie und Antikommunismus sind die Opfer des Faschismus nur noch ein Teil des Gedenkens an alle Opfer von Krieg und Gewalt. Der Volkstrauertag im November wird zentraler Gedenktag in der Bundesrepublik. An den Widerstand gegen das Naziregime wird nun am 20. Juli erinnert. Das Gedenken verengt sich auf den bürgerlich-konservativen, christlichen und militärischen Widerstand und die Weiße Rose. Der Widerstand aus der Arbeiterbewegung, vor allem von Kommunisten, wird weitgehend verdrängt.

In den fünfziger Jahren hält die VVN – unterstützt von der SED und der KPD – die Tradition des OdF-Tages in Westberlin und Westdeutschland aufrecht. 1951 werden der gesamtdeutsche Rat der VVN sowie einzelne Landesvereinigungen verboten, 1959 stellt die Bundesregierung den Antrag, die „Verfassungswidrigkeit der VVN“ festzustellen. Dies begründet zahlreiche Verbote von Gedenkfeiern der VVN zum OdF-Tag und polizeiliche Auflagen. Dennoch finden in dieser Zeit an vielen Orten beachtliche Kundgebungen statt. 1962 platzt der Verbotprozess gegen die VVN vor dem 1. Senat des Bundesverwaltungsgerichts wegen der Nazi-Vergangenheit des Senatspräsidenten. Das Verfahren wird daraufhin stillschweigend eingestellt. Damit enden Kriminalisierung und Repression. Bald darauf gerät der OdF-Tag jedoch weitgehend in Vergessenheit.

DDR

In der DDR führt zunächst die VVN den OdF-Tag fort. Mit der plötzlichen und unvermittelten Auflösung der VVN im Februar 1953 bringt die SED die eigene Stimme der Verfolgten des Naziregimes zum Schweigen. Hinter-

grund ist die Kampagne der SED-Führung gegen jüdische Mitglieder der VVN. Ein anderer offiziell nicht genannter Grund ist die Kritik von VVN-Mitgliedern an der Politik der SED, wie z.B. die Einbeziehung von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP in die „Nationale Front“. Das nach der Auflösung der VVN gegründete „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR“ führt gemeinsam mit der Nationalen Front und der SED den OdF-Tag weiter.

Die Jüdischen Gemeinden ehren die Opfer der Shoah mit eigenen Veranstaltungen. Gleichzeitig nehmen Mitglieder an den zentralen Gedenkkundgebungen teil, auf denen ihre Repräsentanten aber nicht auftreten.

Die emotionale und moralische Kraft des OdF-Tages dient mehr und mehr der antifaschistischen Legitimation der DDR und ihrer Partei- und Staatsführung. Davon künden auch ihre Reden auf dem Berliner Bebelplatz und die großformatigen Portraits der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros der SED, die neben Portraits von Widerstandskämpfern aufgestellt werden. Der Ablauf des OdF-Tages wird zu einem minutiös durchgeplanten Ritual. Die zentrale Kundgebung beginnt mit einer Kranzniederlegung der Partei- und Staatsführung, des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer und der ausländischen Gäste am „Ehrenmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus“ Unter den Linden (heute Neue Wache). Das Gedenken bezieht alle Opfer der Faschismus ein. Vertreter der Jüdischen Gemeinde, der Roma und Sinti, Deserteure, „Euthanasie“-Opfer und andere Verfolgte des Naziregimes kommen auf den Kundgebungen indes nicht zu Wort. Die Geschichte ihrer Verfolgung wird kaum erwähnt.

Neubeginn 1990

Der im Mai 1990 in der DDR gegründete Bund der Antifaschisten ruft im Sommer gemeinsam mit über 30 Organisationen aus Ost- und Westberlin auf, am zweiten Sonntag im September einen „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ zu begehen. Sie knüpfen an die großen überparteilichen Kundgebungen in den frühen Nachkriegsjahren an, geben dem „Tag der Opfer des Faschismus“ aber zugleich ein neues Gesicht.

Unter dem Motto „Antifaschismus – Menschlichkeit in Aktion“ versammeln sich am 9. September 1990 Tausende Menschen aus ganz Berlin im Lustgarten. Die Erinnerung an die Opfer des Faschismus und den Widerstand gegen das Nazi-Regime wird mit einem Appell für Toleranz und Solidarität und gegen das Wiederaufleben rassistischer, nationalistischer und neofaschistischer Kräfte verbunden. Zu den Rednern zählen die Journalistin Lea Rosh, Altbischof Dr. Albrecht Schönherr, der Schriftsteller Stefan Hermlin, der Vorsitzende der Ostberliner Jüdischen Gemeinde, Peter Kirchner, und der Rektor der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Heinrich Fink. Hilde Bernstein überbringt Grüße des ANC und Nelson Mandelas. Der Grafiker Manfred Bofinger gestaltet das erste Aufruf-Plakat sowie weitere Plakate in den neunziger Jahren.

Seit 1990 haben den „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ mehr als 500 Organisationen, Parteien und Initiativen unterstützt. Entstanden aus dem Gedenken an die Toten, der Erinnerung an den Widerstand und der Mahnung für die Lebenden will der „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ auch ein „Tag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg“ sein. Aus dem Blick zurück soll Wachsamkeit, Sensibilität und Mut für ein Auftreten gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus im Alltag erwachsen.

kreisvorstand aktuell

Die Sitzung des Kreisvorstandes im Oktober sollte am 7. Oktober im Bürgerbüro in Mittweida stattfinden. Es war vorgesehen, über die Vorbereitung des Landesparteitages und die Vorbereitung auf die im kommenden Jahr anstehenden Bundestagswahlen zu beraten. Wegen einer Erkrankung der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta wurde die Sitzung abgesagt. Stattdessen wurde am 12. Oktober ein **Umlaufbeschluss zur Durchführung eines Kreisparteitages** an die Mitglieder des Kreisvorstandes versandt. Diesen publizieren und erläutern wir im folgenden.

[UB] Umlaufbeschluss: Zusammenlegung von Kreiswahlversammlung und Kreisparteitag

Initiatorin: Marika Tändler-Walenta

Zeitraum für Beschlussfassung: 4 Tage – 12.10.2020 - 15.10.2020

Laufende Nummer: UB2020/1

Antragstext:

Hiermit wird beantragt, die beiden rechtlich notwendigen Veranstaltungen „Vertreter*innen-Versammlung“ und „Kreisparteitag“ gemeinsam am 28.11.2020 durchzuführen.

Begründung:

Aufgrund der pandemischen Ausnahmesituation ist es notwendig, einerseits das Risiko einer Ansteckung bestmöglich zu reduzieren und andererseits möglichst effizient demokratische Strukturen aufrecht zu erhalten.

Antragsannahme:

Erfolgt bis zum 15.10.2020 kein Widerspruch, gilt der Beschluss UB2020/1 als angenommen.

Bei Widerspruch zählt der Mehrheitsbescheid.

Rückfragen gern an mich.

Mit solidarischen Grüßen

MARIKA TÄNDLER-WALENTA

Zur Erläuterung: Laut Statut hat der Kreisverband jährlich einen Parteitag durchzuführen. Außerdem sind bis 31. März 2021 auf Beschluss des Landesvorstandes zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2021 Kreiswahlversammlungen zur Aufstellung von Wahlkreisbewerber*innen und zur Wahl der Vertreter*innen für die Landesvertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste durchzuführen. Diese beiden Veranstaltungen werden kombiniert und am 28. November im Hotel „Schwarzes Ross“ in Siebenlehn durchgeführt. (Zur Beachtung: Neben dem Bundestagswahlkreis 161 (Mittelsachsen) gibt es wieder den kreisübergreifenden Bundestagswahlkreis 163 (Chemnitzer Umland Erzgebirgskreis II). Die Parteimitglieder aus diesem Wahlkreis haben zur Kreiswahlversammlung kein Wahlrecht, sind aber herzlich zur Beratung eingeladen.

unsere jubilarer

All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



Im November 2020 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

PETER KRAUSE	geb. am 02.11.1960,	in	Döbeln
JUTTA TEICHMANN	geb. am 06.11.1931,	in	Burgstädt
LYDIA RAPPRICH	geb. am 09.11.1924,	in	Brand-Erbisdorf
BRIGITTE SEIFERT	geb. am 10.11.1935,	in	Brand-Erbisdorf
MARGARETE SCHULZE	geb. am 12.11.1928,	in	Hainichen
ERHARD KÖHN	geb. am 13.11.1936,	in	Zettlitz
SONJA KLUSKA	geb. am 18.11.1928,	in	Waldheim
GOTTFRIED JUBELT	geb. am 18.11.1950,	in	Augustusburg
CHRISTA AUERBACH	geb. am 19.11.1935,	in	Niederwiesa
GERTRAUD DIETEL	geb. am 25.11.1935,	in	Döbeln
HANS BLUM	geb. am 28.11.1933,	in	Seelitz
FRANK LOHSE	geb. am 29.11.1960,	in	Geringswalde

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es in unserer Zeitung umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

jahrestage im november 2020

27.11. 1895: Testament von Alfred Nobel über die Gründung der Nobelstiftung.

15.11. - 18.12. 1920: Völkerbundversammlung tritt erstmals zusammen.

14. und 15.11. 1940: „Operation Mondscheinonade“ der deutschen Luftwaffe gegen Coventry.

16.11. 1940: Warschauer Ghetto wird abgeriegelt.

16.11. 1945: Gründung der UNESCO.

20.11. 1945: Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg eröffnet.

26.11. - 01.12. 1945: Gründungskongress des Internationalen Frauenbundes in Paris.

30.11. 1950: Brief von Otto Grotewohl an Konrad Adenauer mit dem Vorschlag, Verhandlungen zur Bildung eines Gesamtdeutschen Rates aufzunehmen.

10.11. - 01.12. 1960: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau.

03.11. 1970: Salvador Allende als chilenischer Präsident vereidigt.

09.11. 1970: Charles de Gaulle gestorben.

02.11. 1980: Großdemonstration gegen die Frankfurter Startbahn West.

16.11. 1980: Krefelder Appell gegen den NATO-Doppelbeschluss.

09.11. 1990: Gorbatschow und Kohl unterzeichnen Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit.

18.11. 1990: Erstes Abkommen über Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa.

19.11. - 21.11. 1990: KSZE-Staaten unterzeichnen Pariser Charta für ein neues Europa.

30.11. 1990: Reste der Berliner Mauer abgerissen.

04.11. 1995: Israelischer Ministerpräsident Yitzak Rabin ermordet.

16.11. 1995: Oskar Lafontaine wird in einer Kampfabstimmung auf dem Parteitag in Mannheim zum Vorsitzenden der SPD gewählt.

10.11. 2000: Bundestag billigt Gesetz über homosexuelle Partnerschaften.

terminübersicht

oktober 2020:

- 15.10. 18:00 Uhr Konferenz zur Strukturdebatte im Landesverband Sachsen der LINKEN
Döbeln, „Welcome Wellness“, Fichtestraße 10
- 17.10. 09:30 Uhr Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Freiberg mit **SUSANNE SCHAPER**
Freiberg, „Kinopolis“, Chemnitzer Straße 133
- 27.10. 16:00 Uhr Bürger*innen-Sprechstunde mit **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (MdL)
Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 8
- 30.10. bis 01.11. 1. Tagung des 7. Bundesparteitages der LINKEN
Messe Erfurt, Gothaer Straße 34

november 2020:

- 11.11. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes in Döbeln
Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 28.11. 10:00 Uhr Kreisparteitag und Kreiswahlversammlung des Kreisverbandes Mittelsachsen
Hotel „Schwarzes Ross“ Siebenlehn,
Freiberger Str. 9

Im November und Dezember in den „LinksWorten“

Die Teile -7- und -8- unseres Reiseberichtes

Perlen Russlands - Vergangenheit und Gegenwart



Wir besuchen die unweit von St.Petersburg gelegenen Residenzen der russischen Zaren in Zarskoje Selo (Puschkin) (oben) und Petrodworez (Peterhof) (unten)

gesamtmitgliederversammlung in brand-erbisdorf



Am Samstag, den 19.09.2020 begrüßte der Ortsverband der LINKEN Brand-Erbisdorf den Landesvorsitzenden **STEFAN HARTMANN** zur Gesamtmitgliederversammlung im „Brander Hof“ unter dem Thema „Die Linke in Bewegung - unsere Verantwortung für die Gesellschaft“. Neben den Aufgaben und Funktionen linker Politik auf nationaler und internationaler Ebene ging es auch darum, wie eine linke Bildungspolitik besser ermöglicht und organisiert werden kann. Auf der Mitgliederversammlung wurde außerdem das neuste Mitglied des Ortsverbandes **LAURA THIELE** (24) in den Ortsvorstand nachgewählt. (tch)

Erfurter Parteitag

30. Oktober - 1. November 2020

Der Vorsitzende des Ortsverbandes Lichtenau, JENS SCHEUNERT, schreibt an die Redaktion der „LinksWorte“

Unsere Genossin **INGE MÜNCH** ist am 8.September 2020 eingeschlafen. Sie konnte in diesem Jahr ihren 90. Geburtstag feiern.

Nach Schule und Ausbildung in den Kriegsjahren hat Inge ihr Berufsleben bei der Polizei begonnen. Später hat Sie Jura und Verwaltungsrecht studiert. Dann wechselte Sie in den öffentlichen Dienst und wurde Bürgermeisterin in Niederlichtenau.

Mit der politischen Wende konnte Sie ihre Rente antreten und hatte dann mehr Zeit für ihre Familie. Als aktives Mitglied im Tierschutz hat sie sich bis zu ihrer Erkrankung engagiert.

Wir sind traurig über den Verlust und werden an Sie denken.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren teuren Verstorbenen

GENOSSE GERHARD LICHTENBERGER

Flöha

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.